

WiFi4EU:

Die Initiative „WiFi4EU“ geht in die vierte und letzte Runde. Sie zielt darauf ab, bis zum Jahr 2020 den [öffentlichen Zugang zu kostenfreiem WLAN](#) in 6.000 bis 8.000 europäischen Gemeinden zu fördern. Gemeinden und Regionen können sich ein letztes Mal für einen Förderbetrag von 15.000 Euro bewerben. Dieser muss binnen 18 Monaten in die Installation von WLAN-Hotspots investiert werden. Gemeinden, die bei einem der drei vorhergehenden Calls bereits begünstigt worden sind, wurde aufgrund der COVID-19-Krise eine Verlängerung der Frist zur Installation von 8 Monaten eingeräumt. Im Zuge dieser Initiative wurden bereits 348 Gemeinden in Österreich begünstigt.

Der letzte Call beginnt am 3. Juni um 13 Uhr und endet bereits am 4. Juni um 17 Uhr. Es gilt das „first-come-first-serve“-Prinzip.

KPIs in der Straßenverkehrssicherheit:

Die Generaldirektion der Europäischen Kommission für Mobilität und Verkehr (GD MOVE) hat einen neuen Call veröffentlicht. Ziel dieser Aktion ist die Unterstützung von nationalen Behörden bei der [Erhebung und harmonisierten Berichterstattung wesentlicher Leistungsindikatoren](#) (KPIs) im Bereich Straßenverkehrssicherheit. Dies ist Teil des politischen Rahmens für Straßenverkehrssicherheit der Europäischen Kommission von 2021 bis 2030 und des strategischen Aktionsplans zur Straßenverkehrssicherheit. Mit einem erfolgreichen Austausch kann Behörden aus jenen Mitgliedstaaten geholfen werden, die bisher noch keine relevanten Daten für KPIs erhoben und ausgewertet haben.

Diese Ausschreibung läuft bis zum 10. Juli 2020.

Förderung der österreichischen Gewässerökologie:

Der Bund hat einen Plan zur Förderung der Gewässerökologie in Österreich präsentiert. Das Paket ist mit 200 Millionen Euro dotiert und soll unter anderem die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 erfüllen. Mit diesen Subventionen erhofft man sich einen Anstoß von weiteren Investitionen in Höhe von 540 Millionen Euro und die Schaffung von etwa 8.500 Arbeitsplätzen. Bei der Präsentation dieses Pakets betonte Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger die Dringlichkeit, [geeignete Rahmenbedingungen für Österreichs Gewässer](#) zu schaffen. Umweltministerin Leonore Gewessler ergänzte mit einem Verweis darauf, dass laut EU-Umweltagentur 60 Prozent der heimischen Gewässer sanierungsbedürftig sind.

Aufbauplan der Europäischen Kommission:

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für einen umfassenden Aufbauplan vorgelegt. Mit diesem sollen Existenzgrundlagen geschützt, Schäden am Binnenmarkt behoben und für einen nachhaltigen Aufschwung gesorgt werden. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, wurde seitens der Kommission vorgeschlagen, das gesamte Potenzial des EU-Haushalts auszuschöpfen und damit das [neue Aufbauminstrument „Next Generation EU“](#) auszurüsten. Die Eigenmittelobergrenze soll vorübergehend auf 2,00% des Bruttonationaleinkommens der EU angehoben werden, womit die Kommission aufgrund ihres guten Kreditratings 750 Milliarden Euro aufnehmen könnte. Diese sollen über EU-Programme verteilt und aus künftigen EU-Haushalten bis frühestens 2028, jedoch spätestens 2058 zurückgezahlt werden. Um ehestmöglich erste Schritte in die Wege zu leiten, schlägt die Europäische Kommission vor, den mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020 so zu ändern, dass bereits 2020 11,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Die über „Next Generation EU“ mobilisierten Mittel werden über drei Säulen verteilt:

1. Mitgliedstaaten bei Investitionen und Reformen unterstützen
2. Die Wirtschaft in der EU durch Anreize für private Investitionen ankurbeln
3. Die Lehren aus der Krise umsetzen

Alle Mittel, die durch „Next Generation EU“ mobilisiert werden, fließen über EU-Programme in den umgestalteten langfristigen Haushalt. Dies soll mit dem bereits präsentierten Green Deal gelingen, der als Aufbaustrategie der EU dient. Dazu zählen außerdem die Stärkung des Binnenmarkts und seine Anpassung an das digitale Zeitalter durch Investitionen in mehr und bessere Konnektivität und den Aufbau einer echten Datenwirtschaft als Motor für Innovation und Beschäftigung sowie ein fairer und inklusiver Aufbau für alle durch die kurzfristige Europäische Arbeitslosenrückversicherung (SURE), verbindlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der Lohntransparenz und ein verstärktes Vorgehen gegen Steuerhinterziehung.

Eine politische Einigung über das Aufbauminstrument und den Gesamthaushalt der EU für 2021-2027 auf Ebene des Europäischen Rates wird bis Juli erhofft.